Islamunterricht in Baden-Württemberg weiter provisorisch

20. Juni 2018

Stuttgart (KNA) Islamischer Religionsunterricht bleibt in Baden-Württemberg zunächst ein Modellprojekt und wird nicht zum Regelfach. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) sprach am Dienstag vor Journalisten in Stuttgart über „sehr schwierige Gespräche“ mit den vier islamischen Verbänden.

Weil der Staat weltanschaulich neutral ist, braucht es nach dem Grundgesetz Religionsgemeinschaften, die den Inhalt des Unterrichts festlegen. Dies ist bei islamischen Verbänden schwierig, weil sie aus ihrem Selbstverständnis heraus nicht den Status einer Körperschaft des Öffentlichen Rechts anstreben, der Ansprechpartner des Kultusministeriums sein könnte. Hinzu kommt, dass die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Ditib) als größter deutscher Zusammenschluss öffentlich kritisiert wird, weil Ankara dort erheblichen Einfluss ausübt.

Mit den Landtagsfraktionen und den islamischen Verbänden soll jetzt laut Kretschmann weiter über provisorische Lösungen gesprochen werden. Auf die Frage, ab wann ein Regelunterricht möglich sei, antwortete der Ministerpräsident: „Das wüsste ich selbst gern.“ Das grün-schwarze Kabinett hatte sich am Vormittag mit der Frage befasst und eine Verlängerung des Projekts beschlossen. Geplant war, islamischen Religionsunterricht ab dem im September beginnenden Schuljahr als Regelunterricht anzubieten. Derzeit beteiligen sich knapp 100 Schulen an dem Projekt.

(KNA – skqlt-89-00126)

Stand: 13. November 2026